



Die Europäische Union und ihr Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Dr. Peter Roell

Dezember 2011

Zusammenfassung

Spätestens nach den verheerenden Terroranschlägen in Madrid am 11. März 2004 mit 191 Toten und etwa 1.800 Verwundeten sowie am 7. Juli 2005 in London mit 56 Toten und 700 Verwundeten wurde deutlich, dass der islamistisch motivierte Terrorismus Europa erreicht hat.

Im Jahr 2010 wurden aus neun EU-Mitgliedstaaten – von insgesamt 27 – 249 Terrorangriffe gemeldet. 611 Personen, die in terroristische Aktivitäten verwickelt waren, wurden festgenommen. Die Mehrzahl der Angriffe fanden in Spanien (90) und Frankreich (84) statt.

Islamistische Terrorgruppen führten im Jahre 2010 jedoch nur drei Angriffe auf EU-Territorium durch (zwei in Schweden, einen in Dänemark). Weiterhin sind in den EU-Mitgliedstaaten vielfältige Rekrutierungsaktivitäten islamistischer Netzwerke erkennbar, nebst Bemühungen, entsprechende Finanzmittel zu generieren. Bei all diesen Aktivitäten kommt dem Internet eine große Bedeutung zu.

Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verfolgt die EU vier Ziele: Verhinderung von Terroranschlägen, Schutz vor Terrorangriffen, Verfolgung der Täter und Maßnahmen nach Terroranschlägen.

Nach den Terroranschlägen am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya durch den Einzeltäter Anders Behring Breivik will sich die Europäische Union stärker gegen den „Einsamen-Wolf-Terrorismus“ rüsten. Hier soll vor allem die europäische Polizeibehörde Europol eine entscheidende Rolle spielen.

In der Europäischen Union befassen sich folgende Personen/Institutionen mit dem Thema Terrorismus/Terrorismusbekämpfung: Gilles de Kerchove in seiner Funktion als Koordinator für die Terrorismusabwehr, das Joint Situation Centre (SitCen), das EU Satellite Centre (EUSC), die europäische Polizeibehörde Europol, die europäische Justizbehörde EUROJUST, die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA), das EU Institut für Sicherheitsstudien (EUISS), um nur einige zu nennen.

Trotz zahlreicher Erfolge der Europäischen Union in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus bleibt die Gefährdungslage in Europa weiterhin hoch. Das Motto der NATO „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ gilt auch für die Terrorismusbekämpfung.



Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

ANALYSE

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir heute eine ganz besondere Freude, dass ich hier in Peking zum Thema *Die Europäische Union und ihr Kampf gegen den internationalen Terrorismus* referieren darf. Im Juli vergangenen Jahres hatte mich das World Public Forum – Dialogue of Civilizations und die Chinese Foundation of International Research zu einer internationalen Konferenz in die chinesische Hauptstadt eingeladen. Aus Termingründen konnte ich damals daran nicht teilnehmen.

Maxim Worcester, Senior Advisor ISPSW, und ich hatten den Veranstaltern aber eine Analyse mit dem Titel *Low Intensity Terrorist Threats – A Future Trend in Europe?*¹ zur Verfügung gestellt, die vom WPF auch publiziert wurde. In dieser prognostizierten wir, dass die künftige Bedrohung der Sicherheit Europas in zunehmendem Maße von Einzeltätern oder kleinen, unabhängig operierenden islamistischen Terrorgruppen ausgehen werde.

In meinem Vortrag möchte ich deshalb auf vier Punkte näher eingehen:

1. Die terroristische Bedrohungslage in der Europäischen Union
2. Die EU-Strategie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus
3. Die EU Institutionen
4. Empfehlungen für Entscheidungsträger

¹ Dr. Roell, Peter und Worcester, Maxim: Low Intensity Terrorist Threats – A Future Trend in Europe? in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 14. Juni 2010, <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=117402>



Die Bedrohungslage

Für uns in Europa ist Terrorismus kein neues Phänomen. Terrorangriffe von lokalen Gruppen wie der Irish Republican Army (IRA), der Euskadi Ta Askatasuna (ETA) oder der deutschen Rote Armee Fraktion (RAF) veranlassten Mitgliedstaaten der Europäischen Union seit den frühen 70er Jahren im Bereich Terrorismusbekämpfung zu kooperieren. Die Terroranschläge dieser Gruppen waren politisch motiviert. 1976 wurde deshalb von 12 EU-Mitgliedstaaten die TREVI-Gruppe gegründet – TREVI steht für Terrorism, Radicalism, Extremism and Violence International – um die informelle Kooperation zwischen nationaler Polizei, den Nachrichtendiensten und anderen relevanten Diensten zu fördern.²

Spätestens die Terroranschläge am 11. März 2004 auf Züge in Madrid, bei denen 191 Menschen getötet und etwa 1.800 verletzt wurden³ sowie die drei Terroranschläge am 7. Juli 2005 auf die U-Bahn und einen Doppeldeckerbus in London verdeutlichten, dass der islamistische Terror Europa erreicht hat. Beim Anschlag in London wurden 56 Personen getötet, einschließlich der vier Selbstmordattentäter; 700 Personen wurden verletzt.⁴

Wirft man einen Blick in den *EU Terrorism Situation and Trend Report 2011* (TE-SAT 2011)⁵, der von Europol publiziert wurde und auf fundierten Erkenntnissen aus EU-Mitgliedsländern aus dem Jahre 2010 basiert, lassen sich folgende Feststellungen treffen:

Im vergangenen Jahr wurden aus neun EU-Mitgliedstaaten – von insgesamt 27 – 249 Terrorangriffe gemeldet. 611 Personen, die in terroristische Aktivitäten verwickelt waren, wurden festgenommen. Die Mehrzahl der Angriffe fanden in Spanien (90) und Frankreich (84) statt.

Islamistische Terrorgruppen führten im Jahre 2010 allerdings nur drei Angriffe auf EU-Territorium durch (zwei in Schweden, einen in Dänemark). 46 Terrordrohungen seitens islamistischer Organisationen über verschiedene Medien gegen EU-Mitgliedstaaten unterstreichen sehr deutlich, dass die Europäische Union nach wie vor im Fokus der Terroristen steht. Gegen 307 Personen konnte Anklage wegen terroristischer Aktivitäten erhoben werden.

Aufgrund von islamistisch motivierten Straftaten wurden im Jahre 2010 179 Personen verhaftet, 89 wegen Vorbereitung terroristischer Angriffe in der EU.

Separatistische Gruppen waren für 160 Anschläge, linke und anarchistische Gruppen für 45 Attacken verantwortlich. Ein Einzelangriff wurde aus Griechenland gemeldet.

In den EU-Mitgliedstaaten sind weiterhin vielfältige Rekrutierungsaktivitäten islamistischer Netzwerke erkennbar, nebst Bemühungen, entsprechende Finanzmittel zu generieren. Bei all diesen Aktivitäten kommt dem Internet große Bedeutung zu.

² Bunyan, Tony: Trevi, Europol and the European state, in: *Statewatching the new Europe*, 1993, S. 1 - 14, <http://www.statewatch.org/news/handbook-trevi.pdf>

³ Siehe hierzu auch FOCUS Online, 21. Mai 2009, zur Verhaftung von Mohammed Belhadj, http://www.focus.de/politik/ausland/terrorismus-verdaechtiger-der-madrid-anschlaege-gefasst_aid_401283.html

⁴ Terroranschläge am 7. Juli 2005 in London, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag_C3%A4ge_am_7._Juli_2005_in_London

⁵ EUROPOL TE-SAT 2011 – EU Terrorism and Trend Report, <https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/publications/te-sat2011.pdf>



Wie dem Verfassungsschutzbericht 2010 des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland zu entnehmen ist, liegen dort derzeit Informationen zu insgesamt rund 220 Personen mit Deutschland-Bezug und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der 1990er Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigen. Zu 70 dieser 220 Personen existieren konkrete Hinweise, die für eine absolvierte paramilitärische Ausbildung sprechen.⁶

Auch im Jahre 2010 konnten Reisebewegungen von Personen aus dem islamistischen Spektrum in Deutschland in Richtung Afghanistan/Pakistan festgestellt werden. Die Reisen erfolgten häufig über die Türkei und den Iran, aber auch über nordafrikanische Staaten oder den Balkan. Weitere Ausbildungslager werden am Horn von Afrika sowie im Jemen vermutet.⁷

Am 4. März 2010 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf vier Mitglieder der sogenannten „Sauerland-Gruppe“ zu Freiheitsstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass drei der Angeklagten seit Mitte 2006 bis zu ihrer Festnahme im September 2007 als Mitglieder der ausländischen terroristischen Vereinigung „Islamistische Dschihad-Union (IJU)“ in Deutschland Sprengstoffanschläge geplant hatten. Die vierte Person fungierte als Unterstützer. Die vier Angeklagten hatten sich 2006 in pakistanischen Terrorismus-Ausbildungslagern aufgehalten.⁸

Wie gefährlich die Situation in Deutschland ist, zeigt die Festnahme von drei mutmaßlichen Al-Qaida-Mitgliedern Ende April 2011, der sogenannten „Düsseldorfer Zelle“, die Anschläge auf öffentliche Gebäude, Veranstaltungen oder Bushaltestellen planten. Die Festnahme von 89 Personen im Jahre 2010 in der Europäischen Union, die terroristische Angriffe planten, unterstreicht die fortgesetzten Bemühungen islamistischer Terroristen.⁹

Ein aus Sicht des Terroristen gelungener Anschlag ereignete sich am 2. März 2011, als der aus dem Kosovo stammende radikale Islamist Arid Uka (21) mehrere US-Soldaten, die sich in einem Bus der US-Armee am Frankfurter Flughafen befanden, mit einer Pistole angriff. Zwei US-Soldaten kamen dabei ums Leben, zwei weitere wurden schwer verletzt. Der Anschlag war Ausdruck einer durch dschihadistische Propaganda hervorgerufene radikal-islamistische Einstellung. Eine Verbindung zu anderen Terrornetzwerken besteht nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft nicht.¹⁰

Um 15 Uhr 30 am 22. Juli 2011 erfolgte im Regierungsviertel der norwegischen Hauptstadt Oslo eine schwere Explosion, ausgelöst durch eine Autobombe. Acht Menschen starben, weitere wurden verletzt. Gegen 18 Uhr 30 nimmt eine Sondereinheit der Polizei auf der Insel Utøya den Attentäter Anders Behring Breivik (32) fest, der keinen Widerstand leistet. Zuvor hatte er 69 unschuldige Menschen, vor allem Jugendliche, die an einem Sommerlager der regierenden Arbeiterpartei auf der Insel teilnahmen, erschossen. Auch hier handelte es sich um einen Einzeltäter, einen Islam-Hasser.¹¹

⁶ Verfassungsschutzbericht 2010, Vorabfassung, Bundesministerium des Innern, S. 181, http://verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2010/

⁷ Ebenda, S. 180

⁸ Ebenda, S. 179

⁹ Schmidt, Holger: „Ziercke: Wir können keine Entwarnung geben“, <http://www.swr.de/blog/terrorismus/2011/04/30/ziercke-wir-konnen-keine-entwarnung-geben/>

¹⁰ Mordanschlag am Frankfurter Flughafen am 2. März 2011, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Mordanschlag_am_Frankfurter_Flughafen_am_2._M%C3%A4rz_2011

¹¹ Chronologie des Doppelanschlags in Norwegen, in: tagesschau.de, <http://www.tagesschau.de/ausland/norwegenchronologie100.html>



Nach den Anschlägen in Norwegen will sich Europa stärker gegen derartige Täter rüsten. Hierbei soll vor allem die europäische Polizeibehörde Europol eine entscheidende Rolle spielen. Der „Einsame-Wolf-Terrorist“, der keinen Kontakt zu terroristischen Organisationen unterhält, sondern als Individualtäter im Verborgenen seine Tat vorbereitet, stellt für Sicherheitsbehörden eine besondere Herausforderung dar.

Die Verhaftung von zwei Terrorverdächtigen – einem 24-jährigen Deutschen libanesischer Abstammung und einem 28-jährigen staatenlosen Palästinenser – am 8. September 2011 in Berlin, weist nach ersten Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden ebenfalls auf Einzeltäter hin. Die Festgenommenen planten offensichtlich einen Bombenanschlag und hatten sich dafür bereits entsprechende Chemikalien beschafft.¹²

Zusammenfassend lässt sich zur Bedrohungslage in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch den internationalen Terrorismus folgendes festhalten:

- Die Gefährdungslage bleibt weiterhin hoch und lässt vielfältige Erscheinungsformen erkennen.
- Sinkende Tendenz von außen gesteuerter Terroraktivitäten, dafür Zunahme von Einzeltätern mit EU-Staatsbürgerschaft.
- Die Rückkehr von Dschihadisten aus Konfliktzonen nach Europa stellt weiterhin eine besondere Sicherheitsgefährdung dar.
- Die Lageentwicklung in Nordafrika sowie künftige Immigrationswellen nach Europa aus dieser Region bedürfen der besonderen Beobachtung seitens der EU-Sicherheitsbehörden.
- Die Organisierte Kriminalität (OK) kooperiert weiterhin mit terroristischen Organisationen. Aufklärung der Finanzströme bleibt auch künftig ein Erfordernis.
- Zunehmende intensive Nutzung des Internets durch terroristische und extremistische Gruppierungen, aber auch durch Einzeltäter.

Die EU-Strategie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Die EU-Strategie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus fokussiert sich auf vier Ziele:

1. Verhinderung von Terroranschlägen
2. Schutz vor Terrorangriffen
3. Verfolgung der Täter
4. Maßnahmen nach Terroranschlägen¹³

¹² SPIEGEL ONLINE, 8. September 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,785219,00.html>

¹³ de Kerchove, Gilles: The EU Counter-Terrorism Strategy, in: The European Security and Defence Union, Brussels/Berlin, Vol. No. 4/2009, p. 41/42



Verhinderung von Terroranschlägen

Erstes Ziel ist es, Menschen von der Hinwendung zum Terrorismus abzuhalten. Dabei kommt es darauf an, die Ursachen von Terroranschlägen zu analysieren und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. So hat die EU einen Aktionsplan entwickelt, der zum Beispiel die Ausbildung von Imamen sowie die Verbesserung des Wissenstandes örtlicher Polizeibehörden vorsieht.

Die EU Kommission fördert zudem Kontakte zwischen Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern, damit sich diese zum Thema Radikalisierungstendenzen näher austauschen können.

Schutz vor Terrorangriffen

Zweites Ziel der EU-Strategie ist es, die Bevölkerung und Infrastrukturen in den Mitgliedstaaten besser zu schützen und die Verletzbarkeit im Falle von Terrorangriffen zu reduzieren.

Dies beinhaltet Maßnahmen zur Verbesserung des Grenzschutzes, einschließlich der See- und Flughäfen. Ferner wurden kritische Infrastrukturen identifiziert und entsprechende Schutzmaßnahmen für bestimmte Objekte entwickelt.

Die Schaffung des „European Explosive Ordinance Disposal Network“ (EODN) ist ein Schlüsselement im EU-Aktionsplan. So kann zum Beispiel der Verkauf von Sprengstoffen für den zivilen Bereich genau verfolgt werden. Außerdem wird die Datenbasis der Polizei auf diesem Gebiet ständig verbessert. Dies gilt auch für den chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bereich.

Verfolgung der Täter

Dritte Zielsetzung ist die Verfolgung von Terroristen, nebst entsprechender Ermittlungen auf EU- und internationaler Ebene. Hierbei gilt es, bereits im Vorfeld Planungen und Kommunikationswege zu erkennen, Unterstützernetzwerke zu identifizieren und auszuschalten, Finanzströme zu unterbrechen etc. und die Terroristen letztlich der Justiz zu übergeben.

Als besonderer Erfolg ist hier der Europäische Haftbefehl zu nennen, der mehr und mehr Anwendung bei der Verfolgung von Terroristen und anderen schweren Formen der Kriminalität findet. Einer der bekanntesten Fälle war die Verhaftung und Überstellung eines mutmaßlichen Terroristen von Italien nach Großbritannien nach mehreren fehlgeschlagenen Anschlägen am 21. Juli 2005 in London.

Maßnahmen nach Terroranschlägen

Viertes Ziel ist es, nach Terroranschlägen gut koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, die zur Minimierung der Schadenswirkung beitragen. So wurden militärische Fähigkeiten identifiziert, die im Krisenfall genutzt werden können. Hierzu gehört der Einsatz von Transportflugzeugen der Streitkräfte, aber auch die Anmietung ziviler Flugzeuge.

Im Mittelpunkt muss aber der Mensch stehen. Die Europäische Kommission stellt deshalb Vereinigungen und Institutionen Finanzmittel zur Verfügung, die sich um Terroropfer und deren Familien kümmern und deren Interessen auf EU-Ebene wahrnehmen.



Was die konsularische Unterstützung von EU-Bürgern im Falle von Terroranschlägen und Naturkatastrophen in Drittstaaten anbelangt, hat die EU entsprechende Maßnahmen veranlasst. Ferner werden jährlich multinationale Übungen in den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt, um die Einsatzfähigkeiten zu prüfen und sich gegenseitig unterstützen zu können.

Die internationale Dimension

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einige Worte zur internationalen Dimension der Terrorismusbekämpfung sagen. Da Terrorismus ein internationales Phänomen ist, kann er auch nur gemeinsam auf globaler Ebene bekämpft werden. Die EU führt deshalb hochrangige politische Gespräche über die terroristische Bedrohungslage und mögliche Abwehrmaßnahmen. So erfolgt z. B. ein Dialog mit den USA, Russland, Indien, Pakistan, Australien, Japan und Ägypten. Einmal jährlich finden Gespräche mit den Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates statt.

Als wirksames Instrument zur Unterstützung von Staaten in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus erweist sich das „Instrument for Stability“ (IfS). Auf diesem Wege stellt die EU in Krisensituationen kurzfristig Gelder zur Verfügung, während längerfristig transregionale Bedrohungen im Fokus des IfS stehen.

Unterstützt werden dabei Maßnahmen, die zur Umsetzung der UN Terrorismus-Abwehrstrategien dienen und regionale Wirkung haben sollen. Dies gilt für Südasien, insbesondere für Pakistan und Afghanistan, die Sahel Region und den Jemen. Auch Algerien, Indonesien und Marokko wurden beim Aufbau von Terror-Abwehrmaßnahmen unterstützt.

Ferner fördert die Europäische Kommission zahlreiche Projekte im Bereich des Grenzschutzes und der Identifizierung von terroristischen Finanzströmen. Diese Unterstützungsmaßnahmen reichen vom Balkan bis nach Südostasien.

Im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist die Europäische Union bemüht, auf globaler Ebene zur Stabilisierung krisenhafter Regionen beizutragen. Dies zeigen z. B. die Europol-Einsätze in Afghanistan und in Ramallah. Verbesserte Sicherheitsstrukturen können dazu beitragen, potenziellen Terroristen den Nährboden zu entziehen.

Die Institutionen

Ich möchte Ihnen nun einige Institutionen der Europäischen Union vorstellen, die sich mit dem Thema Terrorismus befassen. An erster Stelle möchte ich die Funktion des EU Terrorismusabwehr-Koordinators erwähnen. Gilles de Kerchove wurde am 19. September 2007 von Javier Solana, dem damaligen Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in sein Amt berufen. In dieser Funktion koordiniert er die Arbeit des Ratssekretariats im Bereich Terrorismusabwehr, überwacht die Umsetzung der EU Terrorismusabwehr-Strategie in den EU-Mitgliedstaaten und ist dafür verantwortlich, dass die EU eine aktive Rolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einnimmt.¹⁴

¹⁴ Concilium – EU Counter-terrorism Co-ordinator, <http://consilium.europa.eu/policies/fight-against-terrorism/eu-counter-terrorism-co-ordinator.aspx?lang=en>



Was bedeutet dies in der Praxis? Gilles de Kerchove stellt sicher, dass die Arbeit unterschiedlicher Ratsorganisationen, die mit der Terrorismusbekämpfung betraut sind, entsprechend koordiniert wird. Nehmen wir als Beispiel die Finanzierung des Terrorismus. Hiermit befassen sich drei unterschiedliche Räte in der EU:

- die Finanzminister, wenn sie Direktiven zur Verhinderung der Geldwäsche festlegen;
- die Justiz- und Innenminister, wenn sie Rahmenbedingungen für die Kooperation zwischen Polizei und Justiz schaffen, um die Finanzierung des Terrorismus besser bekämpfen zu können und
- die Außenminister, wenn sie mit Staaten kooperieren, in deren Ländern Terroristen ihre Finanzquellen finden.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass die Mitgliedstaaten der EU in erster Linie für die Terrorismusbekämpfung zuständig sind.

Und welche Rolle spielt die Terrorismusbekämpfung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und in den internationalen Beziehungen der EU? Generell ist die EU mittels militärischer und ziviler Operationen bemüht, das sicherheitspolitische Umfeld, das der Radikalisierung von Terroristen in Drittstaaten dienlich ist, zu verbessern. Beispiele hierfür sind die EU-Operationen in Aceh (2006) und die lokalen Unterstützungsmaßnahmen in Rafah (Gaza) sowie in Afghanistan.

Seit 2004 unterstützt die EU auch Maßnahmen, die der Verbesserung der Terrorismusabwehr förderlich sind. So werden gemeinsame Hilfsprojekte mit der Kommission, z. B. in Algerien, Indonesien und in Marokko gefördert.

Eine wichtige Rolle in der Terrorismusbekämpfung kommt auch dem Joint Situation Centre (SitCen) in Brüssel zu.¹⁵ In diesem Lage- und Analysezentrum mit etwa 100 Mitarbeitern werden weltweit auf 24-Stunden-Basis Entwicklungen beobachtet und analysiert. Besonderer Fokus liegt auf potenziellen Krisenregionen, auf Terrorismus und auf der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das SitCen unterstützt mit seinen Informationen auch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Baroness Catherine Ashton. Direkt unterstellt ist dieser auch der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), European External Action Service (EEAS) genannt.¹⁶

EU Nachrichten- und Sicherheitsdienste entsenden in dieses Lage- und Analysezentrum besonders kompetente Mitarbeiter, die offene und vertrauliche Informationen auswerten und entsprechende Analysen erstellen, die dann Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten zugänglich gemacht werden.

Die gemeinsam erstellten Analysen des SitCen weisen folgende Vorteile auf:

- Nachrichtendienstliche Informationen verschiedener Nachrichten- und Sicherheitsdienste der EU – mit unterschiedlichen Fähigkeiten – werden zusammengefasst;
- Die gemeinsame Wissensbasis wird erhöht;

¹⁵ Joint Situation Centre, http://de.wikipedia.org/wiki/Joint_Situation_Centre

Siehe hierzu auch: Dr. Mai'a K. Davis Cross, EU Intelligence Sharing & The Joint Situation Centre: A Glass Half-Full, http://euce.org/eusa/2011/papers/3a_cross.pdf



- Die Bedrohungslage wird gemeinsam beobachtet;
- Der gemeinsame Analyseprozess wird gefördert und gemeinsame politische Entscheidungen werden unterstützt.

Das SitCen unterhält Kontakte zum European Union Satellite Centre (EUSC) in Torrejón bei Madrid.¹⁷ Seit dem 1. Januar 2010 ist das EUSC eine Agentur der EU. Satellitenbilder helfen der EU, Entwicklungen in Konfliktregionen besser analysieren und humanitäre Hilfe leisten zu können.

Ferner kooperiert das SitCen mit Europol in Den Haag.¹⁸ Aufgabe des Europäischen Polizeiamtes ist es, die Arbeit der nationalen Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität (OK) zu unterstützen und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden zu fördern. Arbeitsbereiche sind unter anderem die Terrorismusbekämpfung, die Bekämpfung und Prävention des illegalen Waffenhandels, des Drogenhandels, der Kinderpornographie und der Geldwäsche.

EUROJUST ist die Justizbehörde der Europäischen Union mit Sitz in Den Haag. Sie koordiniert grenzüberschreitende Strafverfahren auf europäischer Ebene. Zu den Arbeitsbereichen gehört auch die Terrorismusbekämpfung.¹⁹

ENISA, die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit mit Sitz in Heraklion auf Kreta, hat die Aufgabe, in der EU die hochgradige Netz- und Informationssicherheit zu gewährleisten. Dies gilt auch für potenzielle terroristische Hackerangriffe auf EU-Institutionen oder kritische Infrastrukturen.²⁰

Zu erwähnen ist, dass das SitCen auch Verbindungen zum Institut für Sicherheitsstudien (EUISS) in Paris, einer Agentur der EU, unterhält. Das EUISS ist eine unabhängige Behörde, die den Institutionen der EU Analysen und Strategiepapiere zur Verfügung stellt und Konferenzen zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchführt.²¹

Kontakte bestehen ferner zu den Außenministerien der Mitgliedstaaten der EU. Das SitCen kann zudem auf die Expertise sogenannter Sonderbeauftragter für bestimmte Regionen zurückgreifen.

Hinweisen möchte ich auch noch auf Artikel 21 der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche.²² In dieser werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine „Financial Intelligence Unit“ (FIU) aufzubauen, um Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung effektiv bekämpfen zu können. In Deutschland wurde diese FIU beim Bundeskriminalamt (BKA) aufgebaut. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt damit gemäß den internationalen Standards über einen zentralen und kompetenten Ansprechpartner für Partnerstellen im Ausland.

¹⁶ Europäischer Auswärtiger Dienst, Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Ausw%C3%A4rtiger_Dienst

¹⁷ Satellitenzentrum der Europäischen Union, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Satellitenzentrum_der_Europ%C3%A4ischen_Union

¹⁸ Europol, in: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Europol>

¹⁹ EUROJUST, in: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Eurojust>

²⁰ Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit, ENISA, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Agentur_f%C3%BCr_Netz-_und_Informationssicherheit

²¹ European Union Institute for Security Studies, EUISS, in: Wikipedia, <http://kooperation-international.de/eu/themes/info/detail/data/22826/>

²² Serious Organised Crime Agency (SOCA), What is the Financial Intelligence Unit?, <http://www.soca.gov.uk/about-soca/the-uk-financial-intelligence-unit>

Siehe auch UN Action to Counter Terrorism, <http://un.org/terrorism/strategy-counter-terrorism.shtml>



Empfehlungen für Entscheidungsträger

Zum Abschluss einige Empfehlungen für Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten der EU im Kampf gegen den internationalen Terrorismus:

- Trotz zahlreicher Erfolge im Kampf gegen den islamistisch begründeten Terrorismus müssen die Nachrichten- und Sicherheitsdienste den Druck auf diese Gruppierungen aufrecht erhalten.
- Da die Mehrzahl der Terrorangriffe in der EU von nicht-islamistischen Gruppen durchgeführt wurde, bedürfen diese weiterhin der Aufmerksamkeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste (Verstärkung der Aufklärung mittels HUMINT, SIGINT und OSINT).
- Der Trend zum radikalisierten Einzeltäter wird sich fortsetzen, so dass in diesem Bereich neue Abwehrstrategien entwickelt werden müssen.
- Falls noch nicht geschehen, sollten Staaten einen Nationalen Sicherheitsrat aufbauen, um die interministerielle Zusammenarbeit zu verbessern.
- Für den Fall schwerster Terrorangriffe in der EU sollte im Rahmen des Krisenmanagements der Einsatz der Streitkräfte vorgesehen werden.
- Die Kommunikation zwischen Behörden und der Bevölkerung sollte bei Terrorverdacht behutsam erfolgen. Häufige Hinweise, ohne dass gesicherte Erkenntnisse auf geplante Anschläge vorliegen und die dann nicht erfolgen, sind der Sensibilisierung der Bevölkerung nicht dienlich.
- Die Wissenschaft kann Aktivitäten der Sicherheits- und Nachrichtendienste durch gute Analysen über terroristische Gruppierungen und separatistische Organisationen sinnvoll unterstützen.
- Die Wirtschaft sollte erkennen, dass Terrorgruppen oder auch Einzeltäter ihre Geschäftsaktivitäten beeinträchtigen können und der Staat nicht einen umfassenden Schutz zu allen Zeiten gewährleisten kann. Seriöse und verlässliche private Sicherheitsfirmen sind in der Lage, entsprechende Risikoanalysen zu erstellen.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Vortrag ISPSW Präsident Dr. Peter Roell am 27. September 2011 auf der Konferenz „Internationale Sicherheitsarchitektur – Europäische und chinesische Perspektiven“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Peking.



Über den Autor dieses Beitrags

Seit Januar 2006 ist Dr. Peter Roell Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin. Zuvor war er als Senior Advisor für Außen- und Sicherheitspolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel tätig. In Deutschland leitete Dr. Roell das Referat Asien-Pazifik, Lateinamerika und Afrika (Subsahara) und war an deutschen Botschaften im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien tätig.

Dr. Roell studierte Sinologie und Politische Wissenschaften an den Universitäten in Bonn, Taipei und Heidelberg und promovierte an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg.

Dr. Roell ist Ancien des NATO Defense College in Rom und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin.



Dr. Peter Roell